

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Gunter Weißgerber, Hans-Joachim Hacker, Christian Müller (Zittau), Wieland Sorge, Reinhard Weis (Stendal), Tilo Braune, Dr. Eberhard Brecht, Christel Deichmann, Iris Follak, Iris Gleicke, Manfred Hampel, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Renate Jäger, Thomas Krüger, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhals, Christoph Matschie, Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Edelbert Richter, Siegfried Scheffler, Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Richard Schuhmann (Delitsch), Rolf Schwanitz, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Realisierungsstand der Vorschläge der Unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992

Am 26. Juni 1992 nahm der Deutsche Bundestag die Vorschläge der Unabhängigen Föderalismuskommission [Drucksache 12/2853 (neu)] zur Kenntnis. Seitdem sind mehr als drei Jahre vergangen. Es ist an der Zeit, eine Zwischenbilanz zur Realisierung der Beschlussempfehlungen zu ziehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

A. Allgemeine Fragen

1. Wie schätzt die Bundesregierung den Realisierungsstand der Beschlussempfehlungen der Föderalismuskommission ein, und welche Probleme sind bei der Umsetzung entstanden?
2. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß seit der Kenntnissnahme der Vorschläge am 26. Juni 1992 durch den Deutschen Bundestag viel Zeit nahezu tatenlos in Sachen Verteilung von Bundesinstitutionen verstrichen ist?

Wie viele Plätze wurden bereits verlagert?
3. Warum schafft die Bundesregierung keine zusammenhängende Grundlage und ändert statt dessen alle betroffenen Gesetze einzeln, und wie begegnet sie dabei der Gefahr einer Verzögerung des Gesamtvorhabens durch diese Vorgehensweise?

4. Zu welchen Details der Empfehlung sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf, und wie begründet sie die einzelnen Vorhaben?
5. Welche Ressorts der Bundesregierung befassen sich mit der Realisierung der Beschlußempfehlungen, und wie koordiniert die Bundesregierung ressortübergreifendes Handeln?
6. Welche neuen Bundesinstitutionen und Zuwendungsempfänger werden nach Absicht bzw. Kenntnis der Bundesregierung in den nächsten Jahren entstehen, und wo werden diese nach den Vorstellungen der Bundesregierung anzusiedeln sein?
7. Wie sichert die Bundesregierung die Einbeziehung der Personalvertretungen in die Umsetzung der Beschlußempfehlungen, und erfolgt eine Koordinierung mit den Stellenbesetzungen im Rahmen des Berlin-Umzuges?

B. Länderspezifische Fragen

1. Sachsen

1.1 Bundesverwaltungsgericht

- Wie ist der Zeitplan der Bundesregierung zum Umzug des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) von Berlin nach Leipzig?
- Welche Probleme sieht die Bundesregierung für die Erstellung der Haushaltsunterlage Bau zum Reichsgerichtsgebäude?
- Berücksichtigt die Bundesregierung bei der Erstellung der Haushaltsunterlage Bau den notwendigen Raumbedarf für die Unterbringung der ehemaligen Bibliothek des Reichsgerichts?
- Berücksichtigt die Bundesregierung bei der Erstellung der Haushaltsunterlage Bau den Raumbedarf für die derzeit nach München ausgelagerten Wehrdienstsenate?
- Wann und unter welchen Bedingungen wird die Bundesregierung das Reichsgerichtsgebäude dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz übergeben?

1.2 Bundesgerichtshof 5. Strafsenat

- Wird die Bundesregierung den Zeitplan (zweites Halbjahr 1997) einhalten?
- Rechnet die Bundesregierung mit der Errichtung weiterer Strafsenate für den Zeitraum der nächsten 20 Jahre?

1.3 Archiv Deutsche Einheit

- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung?
- Welche Probleme treten bei der Errichtung auf, und wie geht die Bundesregierung deren Lösung an?

- Favorisiert die Bundesregierung einen Standort in unmittelbarer Nähe zum historischen Ring um die Leipziger Altstadt?
- Wie viele Arbeitsplätze wird das Archiv letztlich haben?
- Welche Möglichkeiten will die Bundesregierung für eine Tätigkeit im Archiv für berufliche Seiteneinsteiger schaffen, die formal keine fachliche Qualifikation besitzen, jedoch aufgrund ihrer Erfahrungen eine hohe Sachkompetenz besitzen?

1.4 Berufsgenossenschaft

- Was sprach gegen eine Verlagerung einer Berufsgenossenschaft?
- Was sprach seitens der Bundesregierung gegen den Vorschlag des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, dem der Freistaat Sachsen zugestimmt hat, statt einer Berufsgenossenschaft eine „Akademie für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz“ zu errichten?
- Wann und wo wird die „Akademie für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz“ gegründet?
- Wie viele Arbeitsplätze werden durch die Akademie geschaffen?

1.5 Zentrum für Telekommunikation

- Welche Gründe sprachen gegen die Verlagerung des aus dem „Zentrum für Telekommunikation“ gebildeten „Forschungs- und Technologiezentrums“ (FTZ)?
- Ist die Bildung des FTZ aus dem „Zentrum für Telekommunikation“ eine Umgehungsvariante der vorgeschlagenen Verlagerung?
- Wie ist der Realisierungsstand der Unternehmensgründung?
- Wo wird das Unternehmen angesiedelt?
- Wie viele Arbeitsplätze werden geschaffen?
- Worin soll die Bedeutung des Unternehmens liegen?

2. Mecklenburg-Vorpommern

2.1 Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)

- Wie ist der Sachstand bei der beschlossenen Verlagerung der Stellen?
- Welche Probleme stellen sich der Verlagerung?
- Wo wird die BfA ihren Sitz haben, wann wird sie arbeitsfähig sein, und wie gestaltet sich der Zeitplan?
- Wird bzw. wann wird das Gesetz über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte geändert?

- Wie viele Arbeitsplätze werden tatsächlich geschaffen?

2.2 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

- Wie ist der Sachstand bei der beschlossenen Verlagerung der Stellen?
- Welche Probleme stellen sich bei der Verlagerung?
- Wo wird das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie seinen Sitz haben, wann wird es dort arbeitsfähig sein, und wie gestaltet sich der Zeitplan?

3. Sachsen-Anhalt

3.1 Umweltbundesamt (UBA)

- Wie begründet die Bundesregierung die niedrige Summe von 150 000 DM für den Umzug des UBA von Berlin nach Dessau im Bundeshaushalt 1996 angesichts der Tatsache, daß im Hinblick auf den Komplementärstandort Dessau zur EXPO 2000 umgehend mit umfassenden Planungsarbeiten für den Verwaltungsbau des UBA begonnen werden müßte?
- Welche Summen plant die Bundesregierung nach gegenwärtigem Stand für den Bau und den Umzug des UBA in den kommenden Jahren, in den Bundeshaushalt einzustellen?
- Wie sehen die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle für das neue UBA in Dessau aus, und welche finanziellen Folgekosten entwickeln sich daraus in den kommenden zehn Jahren?
- Welche Kosten entstehen für den Bund insbesondere dann mittel- und langfristig, wenn beim Bau des UBA ein sog. „Leasing-Modell“ realisiert werden sollte?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Landesregierung Sachsen-Anhalt bisher nicht alle notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um in enger Abstimmung mit der Stadt Dessau einen baldigen und reibungslosen Umzug des UBA zu ermöglichen?
- Wenn ja, mit welchen konkreten Punkten kann die Bundesregierung diese Auffassung begründen?

3.2 Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost

- Wie ist der Sachstand für die Verlagerung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion nach Magdeburg, und ist insbesondere die Finanzierung des geplanten Neubaus gesichert?
- Kann der Umzug der Behörde im Frühjahr 1999 planmäßig erfolgen?
- Welche Probleme gibt es noch?
- Wie begründet die Bundesregierung die Schließung der Außenstelle Halle des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) angesichts der Tatsache, daß Sachsen-

Anhalt das zentrale Transitland für den Straßen-
güterverkehr in Deutschland ist?

- Wie möchte die Bundesregierung ihr Ziel einer Optimierung der Leistungsfähigkeit des BAG, insbesondere die von ihr angestrebte Intensivierung der Straßenkontrollen erreichen, wenn sie ihren einzigen Stützpunkt im Transitland Sachsen-Anhalt schließt?
- Welchen inhaltlichen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der Verlagerung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost von Berlin nach Magdeburg und der Schließung der Außenstelle des BAG in Halle, wie ihn Staatssekretär Hans Jochen Henke gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt geäußert hat?

4. Thüringen

4.1 Bundesarbeitsgericht

- Welche Probleme sieht die Bundesregierung noch auf das Vorhaben zukommen?
- Wann wird die künftige Heimstatt des Bundesarbeitsgerichtes in Erfurt bezugsfertig sein, und wird der folgende Umzug zügig erfolgen?

4.2 Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Deutsches Patentamt Außenstelle Berlin, Bundesanstalt für Wasserbau

- Welche Probleme treten im Zusammenhang mit den beschlossenen Verlagerungen auf?
- Wie viele Arbeitsplätze werden nach aktuellem Stand verlagert?
- Welchen Zeitplan besitzt die Bundesregierung für die Umzugsmaßnahmen?

5. Brandenburg

5.1 Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

- Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Standortentscheidung der BfA?
- Welche zeitlichen Vorstellungen gibt es?
- Welche Teile bzw. wie viele Mitarbeiter der BfA werden am neuen Standort tätig werden?
- Gibt es Vorstellungen, wie bisher arbeitslose Männer und Frauen für eine Tätigkeit gewonnen werden können, und welche Qualifizierung dafür notwendig wäre?

5.2 Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft

- Wie ist der Stand der Realisierung des Neubaus von Verwaltungsgebäuden?
- Stehen die für den Neubau erforderlichen Mittel zur Verfügung?

Gunter Weißgerber
Hans-Joachim Hacker
Christian Müller (Zittau)
Wieland Sorge
Reinhard Weis (Stendal)
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Christel Deichmann
Iris Follak
Iris Gleicke
Manfred Hampel
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Renate Jäger
Thomas Krüger
Dr. Uwe Küster

Christine Kurzhals
Christoph Matschie
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edelbert Richter
Siegfried Scheffler
Dr. Emil Schnell
Gisela Schröter
Richard Schuhmann (Delitsch)
Rolf Schwanitz
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Siegfried Vergin
Rudolf Scharping und Fraktion

